



Stadt
Offenburg

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

047/18

Beschluss	
Nr.	vom
wird von StSt OB-Büro ausgefüllt	

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 5, Abteilung 5.1

Bearbeitet von:
Schöler, Gerhard

Tel. Nr.:
82-2326

Datum:
29.03.2018

1. **Betreff:** Fortschreibung der Baumschutzverordnung zur Baumschutzsatzung für die Stadt Offenburg:
mündlicher Bericht: Anträge der SPD-, FDP-Fraktion und Information zu den Einwendungen der Offenlage

2. Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus
1. Umweltausschuss	07.05.2018	öffentlich

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

Die Vorschläge aus dem gemeinsamen Antrag der Gemeinderatsfraktionen SPD und FDP vom 15.12.2017 werden zur Diskussion gestellt und beraten.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

047/18

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 5, Abteilung 5.1

Bearbeitet von:
Schöler, Gerhard

Tel. Nr.:
82-2326

Datum:
29.03.2018

Betreff: Fortschreibung der Baumschutzverordnung zur Baumschutzsatzung für die Stadt Offenburg:
mündlicher Bericht: Anträge der SPD-, FDP-Fraktion und Information zu den Einwendungen der Offenlage

Sachverhalt/Begründung:

Ausgangslage

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 24.07.2017 (Drucksache 071/17: Ergänzungsvorlage zur Drucksache 024/17) beschlossen die Baumschutzsatzung öffentlich auszulegen. Die Offenlage fand vom 18.09.2017 bis 18.10.2017 statt.

Am 15.12.017 wurde ein gemeinsamer Antrag der Gemeinderatsfraktionen SPD und FDP mit einem Kompromissvorschlag zur Fortschreibung der Baumschutzverordnung zur Baumschutzsatzung auf die Gesamtstadt vorgelegt. Dadurch soll die von Anfang an sehr emotional geführte Diskussion über die Fortschreibung der Baumschutzverordnung zur Baumschutzsatzung auf die Gesamtstadt versachlicht werden, und dieses wichtige Thema mit einem breiten kommunalpolitischen Konsens getragen werden. Die Vorschläge will die Verwaltung zur Vorbereitung der endgültigen Beschlussfassung mit dem Umweltausschuss diskutieren.

Ergebnisse aus der Offenlage

Von den 1390 fristgerecht eingegangenen Stellungnahmen waren sechs zustimmend (fünf Träger öffentlicher Belange, Fachbehörden und ein Bürger) und 1384 ablehnend. Die ablehnenden Stellungnahmen waren zumeist standardisierte Einwendungen.

Die wesentlichen Inhalte lauten:

- Das wurde auch ohne Satzung immer schon gemacht.
- Es entstehen für die Allgemeinheit zusätzliche Kosten / es entsteht ein erhöhter Verwaltungsaufwand.
- Bevormundung der Bürger / Eingriff in das Eigentumsrecht.
- Die Satzung bewirkt das Gegenteil (Fällung vor Erreichen des Stammumfanges, keine Neupflanzungen etc.).
- Das Engagement der Bürger, Ihre Ortskerne „schön“ zu halten geht aufgrund einer zusätzlichen Vorschrift zurück.
- Die gewerblichen Nutzungen durch Abhängigkeiten werden durch die Satzung stark eingeschränkt (z.B. Gärtnereien, Obstanbau haben Nachteile durch zusätzliche Regelungen).

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

047/18

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 5, Abteilung 5.1

Bearbeitet von:
Schöler, Gerhard

Tel. Nr.:
82-2326

Datum:
29.03.2018

Betreff: Fortschreibung der Baumschutzverordnung zur Baumschutzsatzung für die Stadt Offenburg:
mündlicher Bericht: Anträge der SPD-, FDP-Fraktion und Information zu den Einwendungen der Offenlage

Die Vorschläge aus dem gemeinsamen Antrag der Gemeinderatsfraktionen SPD und FDP vom 15.12.2017 lauten:

- Erhöhung des Stammumfanges von 100 cm auf 120 cm des Schutzgegenstandes
- Folgende Baumarten sind zusätzlich aus der Baumschutzsatzung zu befreien:
Fichte, Tanne sowie alle Obstgehölze (Walnuss, Kirsche, Apfel und Birne)
- Eine Pflanzprämie von 150 € pro Baum mit einem Mindeststammumfang von 12 cm bis 14 cm für alle Privathaushalte, die eine Ersatzpflanzung nach der Baumschutzsatzung tätigen müssen.